

Kolloquium zum Europarecht

Fall 1

Der Diätenstreit und seine Folgen

Kurz vor den Wahlen zum *Europäischen Parlament* im Jahr 2004 fand eine intensive Diskussion u.a. über die Frage der unterschiedlich hohen Diäten der *MdEP* statt, die im Vorschlag eines *Abgeordnetenstatuts* mündete. Dieses sollte die Diäten nach dem Gleichheitssatz einander angleichen und auch die umstrittene Praxis der Sitzungsgelder und pauschalen Fahrtkostenerstattungen einer eindeutige(re)n Regelung zuführen. Insbesondere in Deutschland erhoben sich dagegen sehr kritische Stimmen. Gestützt auf die Untersuchungen von *Prof. Dr. v. A.* nahmen sich auch deutsche (Tages-) Zeitungen mit starken Worten der Sache an („68 % mehr Rente: EU-Abzocker tricksen Schröder aus“, „EU-Abzocke“, „Wie die EU-Politiker ihre Luxuspensionen durchmogeln wollen“).

Zwei deutsche *MdEP* wollten diese Vorwürfe nicht auf sich sitzen lassen und erhoben in Presseaussendungen ihrerseits scharfe Anschuldigungen gegen die einschlägigen Zeitungen („bewusst falsch“, „frei erfunden“, „an Verhetzung grenzende Kampagne“, „Lügenmärchen“, „beispiellose Hetzkampagne“). Der Verlag beantragte daraufhin vor dem zuständigen (deutschen) *Landgericht*, den *MdEP* die Wiederholung dieser „diffamierenden Behauptungen“ bei Meidung eines Ordnungsgeldes von bis zu 250.000 €, ersatzweise Ordnungshaft bis zu zwei Jahren, zu unterlassen.

Wie wird das Gericht entscheiden?

Zusatzfragen:

- a) Wie können die *MdEP* erreichen, dass das *LG* ihren Vortrag auf jeden Fall zur Kenntnis nehmen muss?
- b) Was können die *MdEP* und ggf. andere beteiligte Träger von Rechten tun, um ihren Rechtsstandpunkt gegenüber einer evtl. abweichenden Ansicht des *LG* zur Geltung zu bringen?

Vertiefungshinweise:

H.H. von Arnim/M. Schurig, Das Abgeordneten-Statut des Europäischen Parlaments, DVBl. 2003, 1176 ff.;

M. Hanfeld, Brüssel schlägt zurück. Wie die EU politischen Druck auf Presse und Justiz ausübt, F.A.Z. Nr. 75 vom 29.03.2004, S. 36;

H.-W. Rengeling/P. Szczekalla, Grundrechte in der Europäischen Union – Charta der Grundrechte und allgemeine Rechtsgrundsätze (erscheint im November 2004), §35 S. 867 ff., insbes. Rn. 1075 ff.;

EP, Pressemitteilung von der Plenartagung Nr. 1 vom 30.03.2004 („Immunität von Martin Schulz und Klaus-Heiner Lehne gegen LG Hamburg verteidigt“ – INF: „<http://www.europarl.de/index.php?vers=text&rei=1&dok=118&pid=285&range=2004&psize=>“), betr. Dok. [A5-0184/2004](#) u. [A5-0185/2004](#).

Materialien:

Entwurf eines Abgeordnetenstatuts (konsolidierte Fassung des [vorerst] endgültigen Entwurfs vom 17.12.2003 [INF: „[http://www2.europarl.eu.int/registre/statut_deputes/statut/2003/12-17/P5_DEC\(2003\)12-17_DE.pdf](http://www2.europarl.eu.int/registre/statut_deputes/statut/2003/12-17/P5_DEC(2003)12-17_DE.pdf)“] – zur fehlenden, v.a. an *Deutschland* liegenden Zustimmung des Rates s. die Dokumente der Sitzung vom 28.01.2004 [INF unter „<http://www3.europarl.eu.int/omk/omnsapir.so/debatsL5?LEVEL=TOC2&CHAP=4&FILE=20040128DE&LANGUE=DE>“]);

Art. 9 und 10 des Protokolls über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften – ABI. L 152 v. 13.07.1967, 13 = BGBl. 1965 II, 1482 (INF: „<http://europa.eu.int/eur-lex/de/treaties/selected/livre501.html>“);

Europaabgeordnetengesetz, insbes. § 5 S. 2 (zu finden in der Sammlung unter „<http://www.bundestag.de/parlament/gesetze/abggges.pdf>“);

[Art. 5](#) und [46 GG](#).

Internet:

- <http://www.jura.uos.de/institut/eur/Publik-PS.html> (Leitseite)
- <http://www.jura.uos.de/institut/eur/Lehre-PS.htm> (Lehre)
- laufende Rechtsprechungs-Ubersichten unter
 - <http://www.jura.uos.de/institut/eur/Publik-PS.html#EuGH> oder
 - <http://www.dvbl.de/servlet/PB/menu/1098976/index.html>.